

Antrag

der **Fraktion DIE LINKE**

Thema: **Dezentrale Unterbringung der nach dem Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetz in Sachsen aufgenommenen MigrantInnen**

Der Landtag möge beschließen:
Die Staatsregierung wird ersucht,

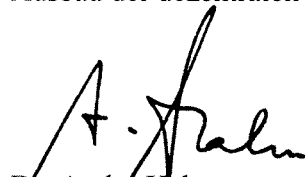
1. die erforderlichen organisatorischen, sächlichen und finanziellen Vorkehrungen dafür zu treffen, damit Familien, Frauen, Kinder und schulpflichtige Jugendliche, chronisch kranke und traumatisierte Menschen sowie Opfer von Gewalt, die auf der Grundlage des Sächsischen Flüchtlingsaufnahmegesetzes (SächsFlüAG) in Sachsen aufgenommen wurden, generell gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 3 SächsFlüAG in „sonstigen Unterkünften“ dezentral untergebracht werden und
2. den Landkreisen und Kreisfreien Städten als den unteren Unterbringungsbehörden den hierfür notwendigen eigenen Entscheidungsspielraum für den schrittweisen Abbau von Gemeinschaftsunterkünften zugunsten einer verstärkten dezentralen Unterbringung zu gewähren.

Begründung:

Die Regelunterbringung von MigrantInnen in Gemeinschaftsunterkünften (GU) ist in einer Zeit der hohen Zuwanderung vor allem aus logistischen und Kostengründen eingeführt worden. In der aktuellen Situation in Sachsen erweist sie sich jedoch in vielen Fällen als unverhältnismäßig, zweckuntauglich und als nicht erforderlich, um die öffentlichen Interessen zu wahren. Die Lockerung der Regelunterbringung in GU, die in den meisten anderen Bundesländern bereits erfolgte, spricht dafür, dass die verstärkte dezentrale Unterbringung dem öffentlichen Interesse keineswegs entgegensteht.

Auch wenn AsylbewerberInnen und geduldeten MigrantInnen per Gesetz kein Integrationsbedarf zugestanden wird, ist sowohl mit Blick auf die politisch erwünschte Rückkehr in die Herkunftsländer, als auch auf die häufig später doch erteilte Aufenthaltsgenehmigung der Erhalt der Integrationsfähigkeit anzustreben. Das weitere Festhalten am Modell einer langjährigen reglementierten Heimunterbringung von AsylbewerberInnen und MigrantInnen läuft dieser Zielstellung diametral entgegen. Hinzu kommt, dass in vielen Fällen mit der dezentralen Unterbringung die Kosten für die öffentliche Hand gesenkt werden können. So sind die Unterbringungskosten in Mietwohnungen teilweise erheblich geringer, die Kosten der medizinischen Versorgung sinken durch die Verbesserung des physischen und psychischen Wohlbefindens bei dezentral untergebrachten Menschen und der Verwaltungsaufwand geht deutlich zurück.

Aus diesen Gründen erachtet die Antragstellerin die begehrte Initiative der Staatsregierung für den Ausbau der dezentralen Unterbringung von MigrantInnen für geboten.



Dr. André Hahn
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 24. Juni 2008

Eingegangen am: 24. JUNI 2008

Ausgegeben am: 25. JUNI 2008